

Imperialismus heute heißt: Reaktion, Diversion, Aggressivität, Krieg

Staatenbeziehungen müssen neu geordnet werden

Von Anton Latzo (4.10.2025)

Wir leben in einer Phase der internationalen Auseinandersetzungen, in der nicht nur die sozial-ökonomischen und politischen Verhältnisse in den Staaten, sondern auch die Beziehungen zwischen den Staaten und Staatengruppierungen eine tiefgreifende Veränderung erfahren. Ihre Geschichte lässt uns Wurzeln und Wesen besser erkennen.

Die Alliierten zeigen ihr wahres Gesicht

Bereits im Sommer 1946 veröffentlichte John F. Dulles seine programmatische Schrift „Gedanken über die sowjetische Außenpolitik und darüber, was mit ihr zu tun ist“. Darin versuchte er, eine „sowjetische Bedrohung der freien Welt“ nachzuweisen, rief er zum totalen Kampf gegen die UdSSR, zur Errichtung kapitalistischer Verhältnisse in den vom Faschismus befreiten osteuropäischen Staaten und zur Einkreisung der Sowjetunion durch einen „cordon sanitaire“ auf.

Schon während der Potsdamer Konferenz wurde versucht, mittels der Drohung mit der Atombombe Druck auf die Sowjetunion auszuüben. Danach wurde die Truman-Doktrin verkündet, der Marshallplan aufgelegt, die Politik der „Eindämmung des Kommunismus“ eingeleitet.

Begleitet von einer staatlich organisierten und finanzierten Propaganda über die „rote Gefahr“, die „sowjetische“, die „Gefahr aus dem Osten“ wurden aggressive Aktionen in den durch die Sowjetunion befreiten Staaten durchgeführt, die den politischen Spielraum ausnutzen sollten, um eine progressive Entwicklung zu verhindern und den Einfluss der USA und Großbritanniens in dieser Region sichern sollten.

Nachdem in den 1950er Jahren in Korea, in der DDR, in Ungarn und Polen es den von den USA geführten und eingesetzten Kreisen nicht gelungen ist, ihre konterrevolutionären Ziele zu erreichen, und auch die Politik der Stärke, der atomaren Erpressung und der Drohungen „massiver Vergeltung“ gegenüber der Sowjetunion nicht die erhofften Ergebnisse brachte, kam es in den 1960er Jahren zu einer Veränderung in der taktischen Linie des Imperialismus im Kampf gegen den Sozialismus.

Unter „Vordenker“ Henry Kissinger wurde zu „neuer Denkweise“ aufgerufen, um effektivere Methoden des Kampfes gegen den Sozialismus zu finden. Dabei wurde vorgeschlagen, den ideologischen Mitteln des Antikommunismus einen gewichtigen Platz einzuräumen. Es wurde verlangt, einen neuen „elastischen“ außenpolitischen Kurs gegenüber Osteuropa zu verfolgen.

In einer Serie von Studien wurden dazu Empfehlungen ausgearbeitet, zu deren Autoren u.a. auch Zbigniew Brzezinski gehörte. Ein Ausgangspunkt besagte, dass „im Zeitalter der Ideologie ... politische Handlungen, um erfolgreich zu sein, mit Ideen verbunden werden (müssen)“.

In der Studie „Ideologie und Außenpolitik“ wurde als erstes der „wichtigsten amerikanischen Ziele“ in der „Schaffung von Voraussetzungen für die Erosion der militanten Aspekte der

kommunistischen Ideologie“ gesehen. Um dieses Ziel zu erreichen, „müssen die Vereinigten Staaten bestrebt sein, breite Kontakte mit der Intelligenz im sozialistischen Machtbereich und letztlich mit Politikern mittlerer und höherer Ebene zu entwickeln, in der Hoffnung darauf, dass es gelingt, ihre ideologischen Überzeugungen zu beeinflussen.“

Weiter wurde empfohlen, nationalistische Tendenzen in und zwischen den sozialistischen Staaten zu fördern sowie „innere Zwistigkeiten“ und ideologische Meinungsverschiedenheiten zwischen einzelnen sozialistischen Staaten auszunutzen.

J.F. Kennedy stellte in seinem Buch „Strategie des Friedens“ fest, dass „die Politik der Befreiung“ sich als „Irrtum erwiesen hat“. Er forderte, an die sozialistischen Länder „differenziert heranzugehen“. Er hielt es für zweckmäßig, die Länder, die sich zu einer Abschwächung ihrer Beziehungen mit der Sowjetunion bereit zeigen würden, wirtschaftlich „zu fördern“. G.F. Kenan, W. Griffith, Z. Brzezinski, W.W. Rostow u.a. entwickelten – daran anknüpfend – ein System, an die sozialistischen Länder „differenziert“ heranzugehen, sie in von der UdSSR „lösbare“ und „nicht lösbare“ aufzuschlüsseln und die ersteren so zu behandeln, dass ihre „friedliche Einbeziehung“ in die Sphäre des kapitalistischen Systems erfolgen kann.

Im Juni 1963 formulierte J.F. Kennedy die Grundlage für die taktische Linie der Politik, die als „Politik des Brückenschlags“ bekannt wurde. Er rief zum „Austausch von Ideen und Menschen“ auf, um – wie er sagte – „die Samenkörner der Freiheit in beliebige Risse des Eisernen Vorhangs zu säen“ und zwischen die sozialistischen Länder „Keile zu treiben“.

Präsident L.B. Johnson erklärte daran anknüpfend: „Das werden Brücken der Erweiterung des Handels, der Ideen, des Tourismus und der menschlichen Hilfe sein“.

Bei der Verwirklichung der Taktik des „Brückenschlags“ wurden die bekannten Ereignisse in der CSSR im Jahre 1968 zum Höhepunkt. Mittels ideologischen und politischen Drucks von außen sollten Bedingungen für die Restauration des kapitalistischen Systems in den sozialistischen Staaten und für ihre Herauslösung aus ihren Bündnissen geschaffen werden.

Der Imperialismus benutzte dabei das gesamte Arsenal antikommunistischer Mittel:

umfassende propagandistische Attacke und ideologische Zersetzungsarbeit gegen die sozialistische Ordnung in der CSSR (nach tschechoslowakischen Berechnungen haben 1968/69 88 ausländische Rundfunkstationen mit einer Sendezeit von 167 Stunden pro Tag feindliche Propaganda gegen die CSSR betrieben).

- allseitige Unterstützung antisozialistischer Kräfte und revisionistischer Gebilde,
- Aktivitäten zur Spaltung der KPTsch und um in der Gesellschaft einen solchen Druck
- aufzubauen, der sie zum Verzicht auf die führende Rolle zwingt,
- Schürung antisowjetischer und nationalistischer Stimmungen,

- wirtschaftliche Annäherung an die Länder des Kapitals,
- militärische Provokationen an den Grenzen der CSSR und
- breite Desinformation der Weltöffentlichkeit über die Vorgänge.

Im Unterschied zur Taktik der 1950er Jahre, als der Imperialismus sein militantes, feindliches Verhältnis zum Sozialismus nicht verbarg und einen Frontalangriff gegen ihn zu organisieren versuchte, führte man den Angriff jetzt unter dem Deckmantel der Losung seiner „Humanisierung“, „Demokratisierung“, wurden die Ziele des Imperialismus durch ideologische Maskierung versteckt.

Das zeigt deutlich die gewachsene Bedeutung der ideologischen Mittel im außenpolitischen Arsenal des „zeitgerechten“ Imperialismus.

In diesem Sinne stellte auch Präsident Nixon seine außenpolitische Botschaft unter das Motto „Eine neue Strategie im Interesse des Friedens“.

Erstmals erkannte ein amerikanischer Präsident in W o r t e n Interessen der sozialistischen Staaten als legitim an und akzeptierte den souveränen Charakter der sozialistischen Staaten in Osteuropa.

Das war jedoch eingebettet in und verbunden mit der politischen Generallinie des amerikanischen Imperialismus gegenüber den sozialistischen Staaten, die unverändert geblieben war. Beibehalten wurde der Kurs auf Spaltung des sozialistischen Bündnissystems, Untergrabung des sozialistischen Internationalismus sowie das Ziel auf eine allmähliche „Transformation“ des Sozialismus im bürgerlichen Sinne – auch mit sozialdemokratischer Farbgebung.

Es wurden die Theorien von der „Konvergenz“ der gesellschaftlichen Systeme Sozialismus und Kapitalismus und von der „Entideologisierung“ in Umlauf gebracht.

Sie sollten die Grundlage für alle möglichen revisionistischen Strömungen innerhalb der sozialistischen Länder und der kommunistischen und Arbeiterparteien schaffen und helfen, diese ideologisch zu entwaffnen.

Zur Untergrabung des sozialistischen Internationalismus verfolgten die USA und ihre imperialistischen Partner/Helfer eine „differenzierte Politik“ gegenüber jedem einzelnen sozialistischen Land und eine ökonomische „Anbindung“ sowie die ideologische Durchdringung. Das Ziel bestand darin, „Keile zwischen sie zu treiben“.

Konstruktives Verhalten der sozialistischen Staaten

In Kenntnis dieser Lage waren die sozialistischen Staaten bemüht, die positiven Aspekte zu nutzen und konstruktiv ein Programm zu entwickeln, auf dessen Grundlage Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und darüber hinaus möglich erschien.

Konkrete Vorschläge wurden durch die Bukarester Tagung der Warschauer Vertragsstaaten vom Sommer 1966 und von der Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas

in Karlovy Vary (1967) erarbeitet.

Auf ihrer Grundlage konnte Anfang der 1970er Jahre ein Durchbruch zu einer ersten Phase einer politischen Entspannung in den Beziehungen zwischen den sozialistischen und kapitalistischen Staaten erreicht werden.

Später wurde deutlich, dass er nicht ausreichend stabil und auch nicht unwiderruflich war!

Einerseits erschienen die Ergebnisse und Wirkungen des Entspannungsprozesses als reale Bestätigung des von den Staaten des Warschauer Vertrages verfochtenen Konzepts der friedlichen Koexistenz. Seine Prinzipien wurden in einer Vielzahl bi- und multilateraler Verträge festgeschrieben.

Andererseits war es über wenige Ansätze hinaus nicht gelungen, die politische durch die militärische Entspannung zu ergänzen, sie durch substanzielle Schritte der nuklearen und konventionellen Abrüstung zu untermauern.

Gleichzeitig haben sich die Mächte des Monopolkapitals den neuen Bedingungen angepasst. Sie missbrauchten die entstandene Lage, um ihr Konzept „Wandel durch Annäherung“ mit erhöhtem Druck und mit Hilfe opportunistischer und revisionistischer Kräfte durchzusetzen.

Die Entwicklung des subjektiven Faktors besonders in der Sowjetunion kam ihnen dabei – zusätzlich zu den Problemen, die aus dem Kräfteverhältnis resultierten – entgegen.

Die Folgezeit machte deutlich, dass die aggressivsten Kreise des Imperialismus nicht bereit waren, den während der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Helsinki und danach vereinbarten Weg zu gehen. Sie folgten der Taktik, den Status quo in Europa erst einmal anzuerkennen, mit dem Ziel, ihn schrittweise zu überwinden!

Nach den positiven Ergebnissen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wurde durch die USA und die ihnen folgenden führenden Kreise der NATO der Prozess der Entspannung wieder gestoppt und die Ergebnisse durch

- a) ideologische Diversion und politischer und ökonomischer Destabilisierungspolitik dem Sozialismus in Europa eine Niederlage zugefügt,
- b) die Staatlichkeit der UdSSR und anderer Staaten in Europa – auch unter Einsatz militärischer Gewalt – zerschlagen,
- c) die DDR der BRD einverleibt,
- d) die Warschauer Vertragsorganisation als Initiator und Hauptträger des Entspannungsprozesses beseitigt,
- e) Die NATO und die EU wurden nach Osteuropa, nahe Russland und russischer Staatsgrenze, die durch Zerschlagung der UdSSR geschaffen wurde, verlegt.

Die Zentren des international organisierten Kapitals haben sich dem politischen Revanchismus, dem gesellschaftlichen und territorialen Revisionismus verschrieben und versuchen weiterhin, Russland und China eine strategische Niederlage zuzufügen.

Russophobie und Sinophobie dienen als Grundlage der Politik zur Umsetzung der Prinzipien und Ziele der globalen Politik der NATO und der EU - aber verstärkt auch in Osteuropa und auf den Territorien der ehemaligen Sowjetrepubliken.

Russland wurde in den Sicherheitsstrategien der Hauptmächte der NATO und der EU – einschließlich in denen der ehemaligen Warschauer Vertragsstaaten – zum Gegner bzw. zum Feind erklärt.

Geopolitische Aspekte

Die Restauration und anschließende Sicherung kapitalistischer Verhältnisse in den Staaten der Warschauer Vertragsorganisation und des RGW wurde durch alle kapitalistischen Mächte kollektiv verfolgt.

Für die US-amerikanischen Regierungen waren sie aber zugleich wichtige Schritte, um die alleinige Vorherrschaft der USA in ganz Europa und weltweit durchzusetzen. Es waren also Schritte zur erneuten weltweiten Ausdehnung der Macht des Kapitals - aber auch zur Austragung der Widersprüche zwischen den Mächten des Kapitals.

Damit wurden Bedingungen geschaffen, die die Konkurrenz zwischen den Mächten der Monopole um die größten Brocken bei der neuen Aufteilung der ökonomischen und politischen Einflussphären und Herrschaftsgebiete verschärften.

USA sichern sich ab Ein Ausdruck dessen ist zum Beispiel die Tatsache, dass die USA sich nicht damit begnügten, ihren Einfluss in den Staaten Osteuropas nach der Restauration der Herrschaft des Kapitals in diesen Ländern allein über deren Aufnahme in die NATO und EU zu sichern.

Es bleibt aber generell außerhalb der Betrachtungen, dass die USA parallel zur multilateralen Bindung auch bilateral Verträge über Strategische Partnerschaft mit den jetzigen Mitgliedern der NATO aus Osteuropa – ehemals sozialistische Staaten – einzeln abgeschlossen haben.

Sie schufen damit einen gegenüber der NATO und ihren europäischen Mächten unabhängigen Strang der Beziehungen in allen wichtigen Bereichen – von der Ökonomie, Politik und Sicherheit bis zum Militärischen. Zweigleisigkeit haben die USA bis in die Gegenwart hinein beibehalten. Erst war sie antisowjetisch ausgerichtet und führte zur Zerschlagung der UdSSR. Dann wurde sie antirussisch begründet mit dem erklärten Ziel Russland zu zerschlagen!

Etappen der Verwirklichung

Der erste Schritt in Richtung Osten und zur Revision der nach dem zweiten Weltkrieg in Europa entstandenen Grenzen war die Einverleibung der DDR in die BRD und damit - entgegen eingegangener Verpflichtungen – in die NATO.

Mit der Aufnahme der osteuropäischen Staaten – von Polen an der Ostsee bis Bulgarien im Schwarzen Meer -, die vorher Mitglied der Warschauer Vertragsorganisation und Bündnispartner der Sowjetunion waren, in die NATO und in die EU sind diese Organisationen in einer zweiten Etappe bis unmittelbar an die Grenze der UdSSR vorgestoßen.

Sie schufen damit einen Raum (Gürtel) vom hohen Norden, über Mitteleuropa bis ins Schwarze Meer, der nicht nur politisch und ökonomisch, sondern auch militärisch unter Kontrolle der USA gebracht wurde. Im Unterschied zur EU und ihren Mächten standen den USA nicht nur ökonomische und politische Instrumente zur Verfügung. Sie konnten auch die militärischen Instrumente massiv einsetzen – sowohl gegen die osteuropäischen Staaten aber auch gegen Russland – und wenn es sein musste – auch gegen das abweichende Verhalten der Verbündeten der USA. Das Potenzial und die Außen- und Sicherheitspolitik dieser Länder wurde den Zielen der NATO-Hauptmacht USA einverleibt.

Abgesichert wurde diese politische und territoriale Ostausdehnung durch das System bilateraler Verträge über Strategische Partnerschaft zwischen den USA und jedem einzelnen osteuropäischen Land. Den USA wurde damit eine nicht nur politisch und ökonomisch, sondern auch militärisch die bestimmende Rolle eingeräumt.

Das kommt unter anderem auch darin zum Ausdruck, dass in der Zwischenzeit, nach dem Beitritt dieser Staaten zur NATO und EU, vom Baltikum bis ins Schwarze Meer 22 Militärstützpunkte der USA errichtet wurden. Dazu gehören auch die Raketenbasen der USA in Polen und Rumänien. Dazu gehört auch, dass im Kosovo nach der Aggression gegen Jugoslawien ein USA-Stützpunkt für 10.000 Mann eingerichtet wurde und in Rumänien, bei Constanta, einer mit gleicher Kapazität errichtet wird.

In Richtung Osten bestand aber noch immer - vom der Ostsee im Norden bis ins Schwarze Meer – ein geographischer geschlossener Streifen, auf dem sich die nach der Zerschlagung der UdSSR selbständig gewordenen ehemaligen Sowjetrepubliken Belorussland, die Ukraine, die Republik Moldawien und - nördlich des Schwarzen Meeres - Georgien usw. befinden. Die Aufzählung ließe sich bis Mittelasien fortsetzen.

In diesem Raum konzentrierten sich die Aktivitäten der NATO und der EU in einer dritten Etappe anfangs auf politische und gesellschaftliche Umgestaltungen zur Restauration des Kapitalismus durch sogenannte bunte Revolutionen und auf den Aufbau eines engen Netzes von zwischenstaatlichen Bindungen und von Verflechtungen von Nichtregierungsorganisation die direkt an Institutionen in den USA und der NATO- sowie der EU-Mächte gebunden sind.

Die Aktivitäten der sogenannten Soros-Stiftungen und anderer zum Zwecke der subversiven Tätigkeit im Ausland geschaffenen und vorrangig von den USA finanzierten Organisationen spielen dabei die zentrale konzeptionelle, aber auch eine aktiv mobilisierende und organisierende Rolle.

Aber die angestrebten Ziele konnten nicht mehr wie zuvor in den ehemals sozialistischen Staaten nach Plan verwirklicht werden. In Belorussland erhielt die Politik von Präsident Lukaschenko das Vertrauen der Bevölkerung. In der Republik Moldavia wurden bis 2020 kommunistische und sozialistische Präsidenten gewählt. Die folgende Präsidentin Maja Sandu, eine Anhängerin der NATO- und EU-Integration der Republik Moldova mit antirussischer Orientierung, konnte den in der Bevölkerung starken Widerstand dagegen nicht brechen.

Unter diesen Bedingungen blieb nur noch die Ukraine als unmittelbarer Zugang zur Grenze Russlands. Aus Sicht der USA und der EU-Mächte musste sie unbedingt als ihr Einflussgebiet gesichert werden, um die Pläne, die in der NATO und in der EU verfolgt werden, realisieren zu können. Zu diesem Zweck wurde die Orange-Revolution und dann später der Maidan organisiert und der Staatsstreich mit antirussischer Zielsetzung durchgesetzt.

Gleichzeitig wurden die russischen Vorschläge für konkrete Schritte, die die Sicherheit und die Zusammenarbeit der Staaten zum Ziel hatten, kategorisch abgelehnt. Russland hat schon 2008

konkrete Texte vorgeschlagen, um unter Berücksichtigung der Interessen aller Staaten, einschließlich Russlands, der Ukraine und der europäischen Länder „Sicherheit in Europa zu schaffen“. Alle diese Vorschläge wurden aber abgelehnt.

Im Dezember 2021 hat Russland – kurz vor Beginn der militärischen Operation – erneut Vorschläge eingebracht, Verträge zwischen Russland und den USA sowie zwischen Russland und der NATO abzuschließen. Statt positiver Reaktion gab es seitens der USA und der EU-Mächte verstärkte Maßnahmen, die darauf ausgerichtet waren, aus der Ukraine ein „Anti-Russland“ zu machen. Und das bei einer Grenze, die fast 2000 km lang ist.

Die Gefahren für Russland wurden immer realer und größer!

Was in Belarus und Moldova nicht gelungen war, haben die USA mit ihren Verbündeten in der Ukraine vollbracht. Die Ukraine, eine ehemalige Sowjetrepublik, wurde zu einem „Anti-Russland-Territorium“ transformiert.

Das bestätigt kein geringerer als Präsident Trump selbst, indem er wiederholt darauf hinweist, dass der Krieg in der Ukraine nicht sein Krieg sei, sondern Bidens Krieg. Aber Joe Biden hat doch nicht als Privatperson gehandelt, sondern als Präsident der USA und im Namen des Staates und seiner Oligarchen!

Durch die Aktivitäten der USA und der EU-Mächte sollte und soll die Ausbeutung des ökonomischen, politischen und militärischen Potenzials der Länder gesichert werden, um das Kräfteverhältnis in Europa und weltweit zugunsten der internationalen Oligarchie, und damit gegenwärtig der USA, zu sichern.

Bestimmend ist dabei die Russophobie, die sich auch in dieser, der dritten Phase gegen Russland in seiner nach der Zerschlagung der UdSSR verbliebenen Gestalt richtet.

Russland war und ist so stark und so unmittelbar gefährdet, wie es nur in Zeiten vor imperialistischen Aggressionen war, die zu den Weltkriegen des 20. Jahrhunderts führten!

Die Gefährlichkeit der durch die Politik der USA und der NATO geschaffenen Situation wird noch dadurch gesteigert, dass die geschaffenen Bedingungen aus Sicht der USA genutzt werden sollen,

a) um die Mächte der EU daran zu hindern, in Osteuropa eine Politik zu verfolgen, die den Interessen der USA und der mit ihnen verbundenen Oligarchien widerspricht.

b) Sie soll den USA ermöglichen, die Handlungen der EU-Mächte (vor allem Deutschland, Frankreich) gegenüber den osteuropäischen Staaten zu kontrollieren und

c) sowohl die EU-Mächte als auch die osteuropäischen Staaten, die ja in der Warschauer Vertragsorganisation Bündnispartner der Sowjetunion waren, an die USA binden, sie unter Kontrolle halten bzw. bringen.

Zbigniew Brzezinski, der auch während der Amtszeit von Präsident Joe Biden als strategischer Einflüsterer tätig war, hat das so formuliert: „Amerikas zentrales geostrategisches Ziel in Europa lässt sich also ganz einfach zusammenfassen: „durch eine glaubwürdige transatlantische Partnerschaft muss der Brückenkopf der USA auf dem eurasischen Kontinent so gefestigt werden, dass ein wachsendes Europa ein brauchbares Sprungbrett werden kann, von dem aus sich eine internationale Ordnung der Demokratie und Zusammenarbeit in Eurasien ausbreiten lässt“.

Die ökonomischen und politischen Widersprüche zwischen den USA und den EU-Mächten konnten nach der Aufnahme der osteuropäischen Staaten in die NATO und EU offensichtlich nicht

eingedämmt werden. Sie sind sogar gewachsen und entwickeln sich in Richtung Zuspitzung. Das hat die Gesamtsituation zumindest nicht beruhigte.

Ökonomische Aspekte

Unter diesen politischen Bedingungen hat – aktiv unterstützt von reformistischen, opportunistischen und revisionistischen Kräften – ein relativ kleiner Kreis von Finanz- und Investmentkonglomeraten nicht nur die weltweite Restauration kapitalistischer Eigentumsverhältnisse in allen Ländern des Globus angestrebt.

Die Finanz- und Investmentkonglomerate, wie zum Beispiel Black Rock, Goldman Sachs, JP Morgan Chase und andere, von denen die meisten ihren Sitz in den USA haben und deren Vermögen das BIP der meisten Länder der Welt übersteigt, haben sich das vorhandene produktive und Industriekapital untergeordnet und beherrschen durch das Finanz- und Spekulationskapital sowohl die Politik als auch entscheidende Teile des Militärisch-Industriellen Komplexes. Daraus ergab sich die Aufgabe, den „Besitz“ in den osteuropäischen Staaten, einschließlich Ukraine, abzusichern und gleiche Verhältnisse weiter nach Osten auszudehnen.

Der deutschstämmige US-Milliardär Peter Thiel (PayPal, Facebook, Clarium Capital Management, Palantir u.a.), politischer und finanzieller Pate des aktuellen USA-Vizepräsidenten JD Vance, der seit Jahren auch Präsident Donald Trump aktiv unterstützt, äußerte im Januar 2025, dass er sich den idealen Zustand der Welt als eine Herrschaft „kreativer Monopole“ oder innovativer Technologiekonzerne in marktbeherrschender Stellung vorstellt, die diktatorisch geführt werden und keiner demokratischen Legitimation bedürfen. Darin wird ein Weg erblickt, die seit Jahrzehnten anhaltende Stagnation von Technologie und Wissenschaft in den USA zu überwinden. Es wurde also nach einem Weg gesucht, der scheinbar alles verändert, um in Wirklichkeit alles beim Alten zu belassen und nichts zu verändern.

Neue Kräfte bestimmen Außenpolitik

Die „Marktbeziehungen“ dieser Kräfte beruhen auf wirtschaftlicher Dominanz, auf Macht und Einfluss und werden durch ungleichen Austausch sowie durch Beraubung ganzer Länder und Völker charakterisiert. Die Kreditknechtschaft ist dabei ein wichtiges Instrument! (Nach Angaben der Vereinten Nationen beträgt die Gesamtverschuldung der Länder der Welt inzwischen 100 Billionen Dollar.)

Auf dieser Grundlage haben die USA und auch Teile der EU schon begonnen, ein Modell der „internationalen Arbeitsteilung“ zu etablieren, das die eklatante soziale Ungleichheit global nicht nur erhalten, sondern zementieren soll. Beispiele: Nach Berechnungen von Oxfam entfällt jetzt schon auf die Hälfte der Weltbevölkerung nur 8,5 Prozent des Welteinkommens.

Vor sechs Jahren besaß nur der Eigentümer von Amazon, Jeff Bezos, ein Vermögen von 100 Milliarden Dollar. Ihre Zahl stieg inzwischen auf mehr als 15 an!

Der direkte politische Einfluss transnationaler Konzerne, der Konzerne der Finanzindustrie nimmt stark zu. Sie beanspruchen Handlungsfreiheit für ihre Imperien und politische Schlüsselpositionen in den Regierungen. Sowohl die derzeitige US-Regierung als auch die Regierung der BRD sind ein anschauliches Beispiel für die Verschmelzung von Finanz- und Industriekapital und politischem System. Dafür stehen Elon Musk, Scott Bessent (Finanzminister), Howard Lutnick (Handelsminister), Friedrich Merz (Bundeskanzler).

Die Durchsetzung des Primats des Profits, der Hegemonie auf der Grundlage der Konkurrenz hat zur Folge, dass gleichzeitig der Einfluss des nach dem Zweiten Weltkrieg vereinbarten und entwickelten demokratischen Völkerrechts (zum Beispiel die UNO-Charta und die KSZE-Akte) im Interesse dieser Kreise, die man verschämt auch „Globalisten“ nennt, durch „Werte“, „unsere Werte“ oder „Regeln“ ersetzt wird. Die Staaten werden immer weniger als selbständige Subjekte des Völkerrechts wirksam.

Die nationalen Regierungen verloren die Kontrolle über die nationale Ökonomie und auch über den internationalen Austausch ihrer Staaten. Die Interessen der Staaten werden durch die Ziele der Konglomerate bzw. der Oligarchen ersetzt und zur Grundlage, zur Vorgabe für das Verhalten, das Agieren des jeweiligen Staates bzw. der Staatengruppe in den Bereichen der internationalen Beziehungen, der internationalen bi- und multilateralen Zusammenarbeit der Staaten ersetzt.

Das Völkerrecht wird als juristischer Faktor abgewertet und entwertet, als moralischer Faktor wird er beseitigt und das vereinbarte Recht wird durch einseitigen politischen Willen der Oligarchien ersetzt.

Das geltende, demokratisch vereinbarte Völkerrecht verliert als Mittel der Außenpolitik des Staates immer mehr an Wirksamkeit. Vor den Gefahren einer solchen Entwicklung kann nicht genug gewarnt werden!

Diese Entwicklung sollte auch bewusst machen, dass sich die fortschrittlichen Prinzipien und Institute des Völkerrechts in den Händen einer reaktionären Diplomatie in ein Instrument reaktionärer Politik verwandeln lassen!!

Ein undifferenzierter Ruf nach mehr Diplomatie kann auch dazu führen, dass demokratisches Völkerrecht beiseite geschoben wird, dass Völkerrecht in der Politik ertränkt wird. Die Bedeutung der Diplomatie kann nicht bestritten werden. Es geht aber um den Inhalt der Diplomatie!

Gleichzeitig wurden die nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffenen Mechanismen der regionalen und internationalen gleichen Sicherheit und gleichberechtigten Zusammenarbeit schrittweise untergraben bzw. unwirksam gemacht.

Da diese Vereinbarungen (zum Beispiel KSZE-Prozess) auf der Grundlage der durch den Sieg über den Faschismus geschaffenen territorialen und politischen Gegebenheiten beruhten, die den Sicherheitsinteressen aller Staaten entsprachen, stellte die Zerschlagung der genannten Mechanismen zugleich einen Angriff auf die Nachkriegsvereinbarungen zwischen den Hauptmächten der Anti-Hitler-Koalition und auch auf die Friedensverträge, die in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre abgeschlossen wurden, dar.

Die Restauration kapitalistischer gesellschaftlicher und politischer Verhältnisse in Europa führte direkt zur Untergrabung des gesamten zusammenhängenden völkerrechtlichen Prinzipiensystems.

Psychologische Kriegführung gegen das Menschsein

Ein wichtiges Kennzeichen für die Entwicklung und Politik des Imperialismus nach dem zweiten Weltkrieg besteht darin, dass er die Ideologie zu einem neuen Kampffeld ausgestaltet hat. Zur Rechtfertigung seiner Herrschaft und Politik greift das Kapital auf menschenverachtende und völkerfeindliche Ideologien zurück.

Es werden Gesellschafts- und Politikkonzepte entwickelt, die die Gesellschaft nicht mehr als eine lebendige Gemeinschaft von Menschen betrachten. Sie wird auf ein Unternehmen reduziert, bei dem allein Rentabilität als gültiges Kriterium der menschlichen Tätigkeit gilt.

Ein besonders gut geeignetes Feld für derartige Überlegungen scheint gegenwärtig die Problematik der künstlichen Intelligenz und ihrer Anwendung in der Gesellschaft zu sein. Klaus Schwab, langjähriger Chef des Schweizer Welt-Wirtschafts-Forum verkündete schon vor einiger Zeit zum Beispiel: „Die verblüffenden Innovationen, die durch die Vierte Industrielle Revolution angestoßen wurden, von der Biotechnologie bis zur KI definieren neu, was es bedeutet, Mensch zu sein“.

Und an anderer Stelle weist er darauf hin: „Wir werden besser in der Lage sein, unsere eigenen Gene und die unserer Kinder zu manipulieren. Diese Entwicklungen werfen tiefgreifende Fragen auf: Wo ziehen wir die Grenze zwischen Mensch und Maschine? Was bedeutet es, Mensch zu sein?“

Diese Aussagen zeigen zumindest den Geist, von dem sich die „Gestalter“ leiten lassen. Wenn die Maschine den Profit sichert, braucht man den Menschen nicht mehr dazu!

Deshalb sei auch noch auf folgende „Erkenntnis“ von K. Schwab über das Menschenbild hingewiesen: „Das bedeutet nicht, dass jeder ein Cyborg werden muss. Wenn man mit seinem Zustand als Mensch zufrieden ist, dann kann man so bleiben, wie man ist. Aber seien sie gewarnt - so wie wir Menschen uns vor Jahren von unseren Vettern, den Schimpansen, getrennt haben, so werden sich auch die Cyborgs von den Menschen trennen. Diejenigen die Menschen bleiben, werden wahrscheinlich zu einer Untergattung werden. Sie werden gewissermaßen die Schimpansen der Zukunft sein.“

Wir sollten schon über derartigen Vorstellungen ernsthaft nachdenken. Unter anderem auch deshalb, weil ihre Vertreter Regie führen bei den mehrjährigen Ausbildungszyklen künftiger Minister, höchster Beamter in Regierungen und EU- Strukturen und sogar Regierungschefs für die einzelnen Staaten der EU und der NATO. Eine solche Institution wie der WEF ist zu gleicher Zeit auch eines der internationalen Zentren, die Konzepte ausarbeiten, wie die internationalen Profit-Konglomerate und die Oligarchen ihre Ziele am günstigsten erreichen können.

Diese Entwicklung zeigt zugleich, dass die Entmenschlichung, die durch die kapitalistischen Realitäten hervorgerufen wird, in einem Ausmaß vertreten wird, wie es seit der Zeit des Faschismus nicht mehr der Fall war.

Das Kapital greift zur Rechtfertigung der Politik, deren Kernanliegen darin besteht, die Menschheit mit antihumanistischen autoritären Mitteln kapitalismuskonform zu gestalten, immer mehr auf menschenverachtende Ideologien zurück. Damit öffnet es zugleich weite Pforten für den Eingang faschistischer Ideen über Mensch, Gesellschaft und Politik in ihre Konzepte zur Sicherung von Profit und Herrschaft in nationalem und internationalem Maßstab.

Einige Feststellungen zum Schluss

Die vorliegende Ausarbeitung verdeutlicht: Die Entwicklung der materiellen Grundlagen der Gesellschaft bringt ganz bestimmte ökonomische, soziale und politische Notwendigkeiten, Ziele und Interessen hervor, die in der Politik der Staaten ihren Niederschlag finden.

Keinerlei Veränderungen in den internationalen Beziehungen können die Tatsache aufheben oder ändern, dass es in der Welt in der wir leben, die Klassenpolitik des Sozialismus (in der Innen- und Außenpolitik) und die Klassenpolitik der Monopole, der monopolistischen Oligarchie, des Imperialismus (gleichfalls in der Innen- und Außenpolitik).

Dementsprechend gibt es auch eine sozialistische und eine kapitalistische, imperialistische Außenpolitik der Staaten.

Die Außenpolitik der kapitalistischen/imperialistischen Staaten, auch wenn sie die Ausrichtung auf die friedliche Koexistenz akzeptieren, bleibt eine Außenpolitik der monopolistischen Bourgeoisie.

Dabei handelt es sich nicht nur darum, dass sie Schwankungen ausgesetzt ist, Inkonsistenzen aufweist und dass sie ständig von einflussreichen Gegnern der friedlichen Koexistenz beeinflusst wird.

Selbst in „Reinkultur“, im „Ideal“ wird sie als Politik zur Verteidigung der kapitalistischen Gesellschafts- und politischen Ordnung erarbeitet und verwirklicht, als Politik, die die Interessen der herrschenden Klasse in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft zum Ausdruck bringt.

Der kapitalistische/imperialistische Staat ist nicht von sich aus, aufgrund „guten Willens“ zu Beziehungen der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit entgegengesetzter Gesellschaftsordnung bereit.

Die ebenso abgegriffenen wie immer wieder strapazierten Formeln vom „gewandelten“, „geläuterten“, „krisenfreien“ Kapitalismus werden von der Wirklichkeit widerlegt.

Unter Beibehaltung seines strategischen Hauptziels – die Vernichtung des Sozialismus – änderte der Imperialismus (die imperialistischen Hauptmächte) wiederholt seine Taktik des Kampfes und versuchte, die Gegenattacke auf dem jeweils günstigsten Abschnitt des Kampfes der Systeme zu organisieren.

Die Auswahl der einen oder anderen Methode des Kampfes gegen den Sozialismus, die Arbeiterbewegung und die nationale Befreiungsbewegung hängt von vielen Faktoren ab – in erster Linie vom weltweiten Kräfteverhältnis.

Der Kapitalismus/Imperialismus ist nicht von sich aus friedensfähig. Er muss durch die Gestaltung des Kräfteverhältnisses und durch den solidarischen Kampf der progressiven Kräfte auf den Weg der friedlichen Koexistenz gebracht und gehalten werden.

./.